



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 39/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 39/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



29. September '23

Gute Nachrichten für das Wahrzeichen im grünen Herzen Deutschlands: 4,925 Millionen € vom Bund für die Teilsanierung der Wartburg!

Mit Zufriedenheit durften wir feststellen, dass Thüringen diesmal bei den Zuschüssen des Bundes für Investitionen in Kultur und Baudenkmäler mit drei wichtigen Projekten bedacht worden ist.

Zusammen mit meinem Kollegen Marcus Bühl habe ich mich im Haushaltsausschuss für die Wartburg in Eisenach eingesetzt und wir freuen uns, dass nun vom Bund 4,925 Millionen Euro für die

Teilsanierung dieses Wahrzeichens im Grünen Herz Deutschlands bereitgestellt werden. Weitere 1,3 Millionen gehen an das Kulturquartier Schauspielhaus in Erfurt und die Sendehalle Weimar - Campus des Lebens fördert der Bund mit rund 5,2 Millionen Euro.

Dennoch ist Thüringen mit seiner langen und bedeutenden Geschichte hier oft noch unterrepräsentiert. Proportional zum Anteil an der Gesamtbevölkerung wären Zuschüsse in Höhe von mindestens 7,5 Millionen angemessen.

Dieser Wert wurde in der Vergangenheit oft nicht erreicht, auch wenn er erfreulicherweise im vorliegenden Beschluss sogar übertroffen wurde. Hierbei sind aber auch die Kommunen in der Verantwortung, geeignete Förderanträge zu stellen.



STAHLPRODUZENT & IG METALL: BRANDBRIEF AN DIE LANDESREGIERUNG

»Grüner Stahl« und trotzdem im Stich gelassen!



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

AfD

26. September '23
**„Grüner Stahl“ und trotzdem
im Stich gelassen!**

Erst im Februar war der Ostbeauftragte der Bundesregierung im Stahlwerk in Unterwellenborn und hat die dortige Produktion überschwänglich gelobt, weil man es geschafft hat, mit den europaweit niedrigsten CO2-Emissionen zu produzieren. Doch obwohl in Unterwellenborn ganz im Sinne der Regierung „Grüner Stahl“ produziert wird, bringt die Energiepolitik das Werk in Schwierigkeiten. Darum hat der Stahlproduzent gemeinsam mit der IG Metall am Montag einen Brandbrief an die Landesregierung veröffentlicht, in dem ein Industriestrompreis gefordert wird, um dem internationalen Preis- und Wettbewerbsdruck standhalten zu können.

Ein Industriestrompreis ist jedoch nichts anderes als Kosmetik, um mit Steuergeldern das Totalversagen der Bundesregierung in der Energiepolitik zu kaschieren. Statt teurer Subventionen braucht Deutschland Energie, die von vornherein zu wettbewerbsfähigen Preisen produziert wird. Wenn man, wie die Bundesregierung, an den selbst gesteckten Klimazielen festhalten und gleichzeitig wettbewerbsfähig bleiben will, führt daher kein Weg am Wiedereinstieg in die Kernenergie vorbei.

CUM-EX-SKANDAL: SOLL CHEFAUFKLÄRERIN AUS DEM WEG GERÄUMT WERDEN?



NRW: Grüner Justizminister stellt allzu erfolg- reiche Staats- anwältin kalt!

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

AfD

28. September '23
**Cum-Ex-Skandal: Soll Chef-
aufklärerin aus dem Weg ge-
räumt werden?**

Nachdem zuletzt Frau Faeser den Leiter des Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, mutmaßlich widerrechtlich, seines Amtes enthoben hatte, verfährt der grüne Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Benjamin Limbach, nun nach einem ähnlichen Muster.

Er hat die bisher äußerst erfolgreich arbeitende Chefaufklärerin des Cum-Ex-Skandals, in den möglicherweise auch Bundeskanzler Olaf Scholz verstrickt sein könnte, Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker, faktisch entmachtet. Auch hier gibt es, wie schon im Fall Schönbohm/Faeser, starke Indizien dafür, dass die gegen Frau Brorhilker

erhoben Vorwürfe völlig haltlos sind. Man bekommt immer mehr den Eindruck, dass sich rot-grüne Minister mittlerweile berechtigt fühlen, sich in Gutsherrenmanier über Recht und Gesetz hinwegzusetzen, um unliebsame Beamte aus dem Weg zu räumen.

Im Fall Brorhilker könnte man zudem auf den unfassbaren Gedanken kommen, dass hier versucht wird, Beteiligte am Cum-Ex-Skandal vor allzu intensiven und erfolgreichen Ermittlungen zu schützen.

Quelle: [Tagesschau-Bericht vom 22.09.23](#)



27. September '23

Kein Geld für Opfer der Covid-Impfungen?

Während der Haushalt 2024 des Gesundheitsministerium 40 Millionen Euro für die Erforschung von Long-Covid bereitstellt, ist weder beim Gesundheitsministerium noch beim Forschungsministerium Geld dafür vorgesehen, Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten für die langfristigen Nebenwirkungen der Covid-Impfungen (Post-Vac) zu erforschen. Dazu erklärt der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Prof. Michael Kaufmann:

„Wie ich bereits im März in einer Rede im Deutschen Bundestag deutlich gemacht habe, ist bisher lediglich erwiesen, dass in Folge der Coronapandemie eine Vielzahl zusätzlicher, ungeklärter Krankheitsfälle zu verzeichnen sind. Wissenschaftliches Vorgehen würde bedeuten, zunächst einmal die Ursachen dieser Krankheitsbilder ergebnisoffen zu erforschen. Stattdessen geht der Gesundheitsminister hin und ordnet diese willkürlich dem Long-Covid-Syndrom zu. Die Folge ist, dass im Haushalt 2024 auch nur Mittel für die Erforschung von Long-Covid bereitgestellt werden. Für die vielen Menschen in unserem Land, die nachweislich unter den Folgen einer Covid-Impfung leiden ist dies ein Schlag ins Gesicht und eine unmenschliche Missachtung ihrer Leiden.“

Gemeinsam mit den Kollegen Martin Sichert, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, sowie Marcus Bühl, Berichterstatter für den Einzelplan Bildung und Forschung im Haushaltsausschuss, fordere ich daher im Rahmen der Haushaltsberatungen, neben den 40 Millionen für die Long-Covid-Forschung auch 20 Millionen Euro für die Erforschung des so genannten Post-Vac-Syndroms zur Verfügung zu stellen. Das wäre das mindeste, was wir für die vielen Menschen tun können, deren Gesundheit durch die Covid-Impfung nachhaltig geschädigt worden ist.

Wir brauchen endlich eine umfassende Aufklärung über das tatsächliche Risikoprofil der Covid-Impfung. Ohne ausreichende Mittel für die Forschung kann das nicht gelingen.“

Marcus Bühl, Berichterstatter für den Einzelplan Bildung und Forschung im Haushaltsausschuss ergänzt:

„Es ist sehr wichtig, dass sich die Forschung auf diesen Bereich konzentriert. Daher unterstütze ich ausdrücklich diesen Antrag im Haushaltsausschuss.“



27. September '23

Wir müssen die deutsche Forschung entfesseln!

In meiner heutigen Rede habe ich mich dafür eingesetzt, bürokratische Hindernisse zu beseitigen, die deutsche Forschungsinstitute daran hindern, Spitzenforschern auch wettbewerbsfähige Gehälter zu zahlen.

Wir müssen die deutsche Forschung entfesseln, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen.

Video-Link: [Meine Rede im Bundestag](#)

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Dienstag

AfD-Klage vor dem Landgericht Hamburg gegen das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), wegen Falschbehauptungen

- Der Justiziar der AfD-Fraktion hatte in einer der letzten Pressekonferenzen von einer erfolgreichen Klage vor dem Landgericht Hamburg gegen das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), wegen Falschbehauptungen berichtet:
- Am RND ist die SPD beteiligt, nämlich (vereinfacht ausgedrückt) in einer verschachtelten Firmenkonstellation: Zunächst über die 100%-ige Beteiligung an der DDVG, und diese als Kommanditist an der Madsack GmbH & Co. KG, welche wiederum der Mutterkonzern vom RND ist.
- RND ist eine große deutsche Nachrichtenagentur. **Der diesbezügliche Bericht wurde in wesentlichen Teilen vom Gericht verboten.** Bezeichnend ist, dass allerdings Stand heute, noch der Original-Artikel des RND mehrfach unter verschiedenen Publikationen gegoogelt werden kann, der Klage-Erfolg der AfD-Fraktion jedoch nicht auffindbar ist, es sei denn, man sucht direkt auf der Website des Abg. Brandner.
- Die Beteiligungen der SPD im Medienbereich sind schier undurchschaubar. Auch andere Parteien haben viele Beteiligungen an Verlagshäusern, welche bislang in den Rechenschaftsberichten der Parteien nicht veröffentlicht auftauchen. In den entsprechenden Blättern gibt es ebenfalls keinen Hinweis hierauf.
- In diesem Kontext lässt die am Dienstag in der PK vorgestellte Organklage der AfD-Fraktion erahnen, welche Ausmaße der Einfluss der Parteien auf Medien und Öffentlichkeit angenommen hat.
- Sachverhalt: Der Abgeordnete Martin Renner hatte im Frühjahr d.J. durch eine Anfrage an die Bundesregierung einen veritablen Skandal aufgedeckt, der in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fand. **Mehr als 200 Journalisten der ÖR Rundfunkanstalten, so die Auskunft, hatten über**

einen Zeitraum von 5 Jahren insg. 1,4 Mio. € Honorare zusätzlich durch Moderations-Engagements der Bundesregierung eingenommen.

- Vieles blieb damals im Dunkeln, auch weitere Anfragen verschleierten die Fakten mehr, als sie erhellten, Beträge variierten von Fall zu Fall, Namen waren geschwärzt.
- Nun reicht die Fraktion wieder einmal Klage ein, diesmal eine Organklage, mit dem Inhalt, wahrheitsgemäß erfahren zu wollen, welche Journalisten des ÖR Rundfunks in welcher Höhe zusätzlich aus der Staatskasse alimentiert werden.

Die Woche wurde beherrscht vom Regierungsterminus: „Strategie“:

- Da gab es die China-Strategie, die Datenstrategie, Nationale Strategie für Soziale Innovationen..., oder die Start-up-Strategie. (En vogue sind auch: Die Datenstrategie, die Nachhaltigkeitsstrategie, die Zukunftsstrategie Forschung und Innovation, die KI-Strategie, die Gleichstellungsstrategie, Strategie zur Extremismusprävention und weitere)

Mittwoch

Befragung der Bundesregierung mit Finanzminister Lindner und Ministerin Schulze (Ministerium für „Zusammenarbeit & Entwicklung“)

- Peter Boehring veröffentliche erschreckende Zahlen: Der bereits festgezurrte 7-jährige Finanzrahmen der EU, der bereits mit über 2 Billionen € ausgestattet ist, reicht wohl nicht aus, es stehen Nachforderungen zwischen 76 bis 97 Mrd. € von den Mitgliedstaaten im Raum.
- Min. Lindner versicherte mit etwas kryptischen Worten, einem solchen Ansinnen der Kommission entgegenzutreten zu wollen. Im Zuge seiner Aussage enthielt er auch, dass Fr. von der Leyen Planungen hegt, direkt auf die nationalen Unternehmenssteuern zugreifen zu wollen, denen er entgegen treten wolle.
- Die Pendlerpauschale anzuheben, steht

nicht auf seiner Agenda. Dies hatte Kay Gottschalk, AfD, vor dem Hintergrund der hohen Inflation und der kommenden Preisschocks aufgrund von CO₂-gebundener Mauterhöhung und CO₂-Abgabenerhöhung gefordert.

- Der KfW-Zinssatz für Studienkredite habe sich innerhalb kurzer Zeit mehr als verdoppelt, so der Abg. Jan Wenzel Schmidt (während das Bürgergeld innerhalb zwei Jahren um 25% angehoben wird), aber hier könne der Minister nicht eingreifen, der EZB-Leitzins gebe die Politik der KfW vor.
- Stephan Brandner rügte die vorzeitige Rückabwicklung der Senkung der Mehrwertsteuer von 7 auf 19% auf Gas und Fernwärme schon zum Ende des Jahres, also drei Monate eher, als versprochen.
- Die Frage des Abg. Albrecht Glaser und die Antwort hierauf von Min. Lindner waren zumindest aufklärend, wenn auch schockierend: 55 Mrd. € jährlich für die Kosten der illegalen Migration für die deutsche Volkswirtschaft seien wohl „etwas“ zu hoch gegriffen, so Lindner.

Der folgende Einwurf sei an dieser Stelle erlaubt:

- Prof. Weyel konstatierte dem deutschen Volk im Abendsymposium „Ein Jahr nach Nordstream“ (Link: [Vortragsabend Ein Jahr nach Nord Stream - AfD-Fraktion im Bundestag](#)) am Dienstag Abend eine unerklärliche Duldungsstarre. Man kann also die deutsche Infrastruktur zerstören, man kann die Wirtschaft zerstören, man kann illegalen Einwanderern die Sozialsysteme öffnen, man kann die Menschen krank impfen, man kann die Luft zum Atmen besteuern und keiner rührt sich.

Die nachfolgende Fragestunde behandelte erneut das Ressort Wohnen, Stadtentwicklung.

- Die Abgeordnete der LINKEN Lay begrüßte hier das Zusammenrücken der



deutschen Familien z.B. durch Wohnungstausch.

In erster Lesung wurde der CDU-Antrag eingebracht: „Flexibilisierung des Besserstellungsverbot für gemeinnützige Forschungseinrichtungen ermöglichen“ (20/7589)

- Der Antrag sieht vor, gemeinnützige, nicht vom Bund finanzierte Forschungseinrichtungen vom Besserstellungsverbot für Beschäftigte auszunehmen und damit die Benachteiligung zu beenden.
- Prof. Michael Kaufmann in seiner Rede: „Befreien Sie die deutsche Forschungslandschaft von überflüssigen Beschränkungen!“ – ein freies Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte sei auch im deutschen Hochschulsystem im Kampf um beste Köpfe und beste Ergebnisse wünschenswert.
- Es erfolgte Überweisung an den Ausschuss Bildung und Forschung.

Danach folgte der „Erste Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Start-up-Strategie der Bundesregierung“ (20/8450).

- Enrico Komning lenkte den Blick auf das Wesentliche: Auch in diesem Bereich helfen keine sozialistisch-dirigistischen Eingriffe mit Frauenquoten, die Zahlen beweisen es: „70 Prozent der Start-ups in Deutschland überleben die ersten drei Jahre nicht. Fast 80 Prozent der bestehenden Start-ups wissen nicht, wie sie die kommenden zwei Jahre überbrücken sollen. 34 Prozent überlegen, wegen des Kapitalmangels ihren Sitz ins Ausland zu verlegen“, der Bürokratismus ist ein möglicher Todesstoß für freie marktwirtschaftliche Entfaltung, wie auch die weltweit höchsten Steuern und Abgaben. Das Klein-Klein muss ein Ende haben: Weniger Regulierungswut, mehr Wagniskapital und positives Gründerklima.
- Der Wirtschaftsausschuss berät federführend.

Ein brillanter Vorschlag zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung (20/8529) von der AfD wurde in erster Lesung beraten

- Dieser wurde als Gegenstück des willkürlich zusammengesetzten und demokratisch nicht legitimierten Konzeptes der Bürgerräte eingebracht:
- In Zukunft soll es eine sog. Bürgerstunde im Bundestag auf Verlangen einer Fraktion für Petitionen, die mehr als 100.000 Mitzeichner haben, geben. Dann sollen in einer 60minütigen Aussprache die Fraktionen zu Wort kommen. Der Vorschlag ist sogar so brilliant, dass die GRÜNEN sich nicht schämten, nur wenig zeitversetzt mit einem ähnlichen Vorschlag nachzuziehen.
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Donnerstag

Debatte über die Unterrichtung der Bundesregierung über die China-Strategie (20/7770).

- Annalena Baerbock, die sowohl von den Rednern Markus Frohnmair, als auch Petr Bystron auf ihre diversen Fauxpas in sprachlicher und diplomatischer Hinsicht angesprochen wurde (z.B. „China, das hunderttausende von Kilometern entfernt“ läge..) erklärte, man könne Lithium in Zukunft auch direkt von Australien beziehen, dem weltweit größten Erzeuger, anstatt den deutschen Bedarf wie bisher zu 90% aus China zu decken, welches das Lithium zuvor von Australien bezogen hat.
- Die Bezeichnung Chinas als systemischen Rivalen und eine handelspolitische Abwendung (mit gleichzeitiger Annäherung an Indien) zeigt aber deutlich, dass es keineswegs um die Verbesserung der Beziehungen zu China, dem Verbündeten Russlands geht, sondern „dieses China-Papier [...] die Grundlage einer neuen Abgrenzung“ sei, so Petr Bystron in seiner Rede. Das Blockdenken ist wieder salonfähig und Deutschland folgt den USA blind, die um ihre weltweite Dominanz fürchten.

Debatte über die Datenstrategie der Bundesregierung (20/8260) in erster Lesung.

- Staatssekretär Saathoff, SPD wollte gleich „mehr Datennutzung wagen“, das Ministerium wolle mehr Datenaustausch, auch mit Wirtschaft und Bürgern.
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss.

Bereits in der ersten Lesung wurde der AfD-11-Punkte-Plan (20/6485) zum Sofortschutz vor ungeregelter Massenmigration in namentlicher Abstimmung gegen die AfD abgelehnt.

- Er hatte unter anderem gefordert:
- Sofortige temporäre Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen, Prüfung von Asylanträgen, strenges Sachleistungsprinzip für Asylbewerber anstatt Geld, Umsetzung der Rückführung ausreisepflichtiger abgelehnter Asylbewerber, usw.
- Martin Hess, AfD wörtlich: „Wir erleben keinen Kontrollverlust, sondern einen Kontrollverzicht zum Schaden des Landes.“

Das Murmeltier ließ grüßen bei den turnusmäßig von der AfD anberaumten Wahlen zum Amt des Bundestagsvizepräsidenten und zur Mitgliedschaft im Parlamentarischen Kontrollgremium.

- Hannes Gnauck und Gereon Bollmann wurden abgelehnt, die AfD ihrer parlamentarischen Rechte erneut beraubt.

Die CDU beantragte eine Aktuelle Stunde zur deutschen Migrationspolitik und teilt nun plötzlich Positionen der AfD.

- Auch „Blckrock-Merz“ hat, wie man diese Woche in der Presse erfahren konnte, gegen die empörende Bevorzugung von Migranten gewettert, weil der Steuerzahler deren Gebiss saniert, während der deutsche Bürger in die Röhre schaut.
- Alexander Dobrindt warf der Ampel vor, nicht mal an den EU-Außengrenzen stationäre Grenzkontrollen zuzulassen.
- Dr. Gottfried Curio erinnerte an die unter dem Radar der Öffentlichkeit zusätzlich laufenden Aufnahmeprogramme der EU des sog. „Resettlement“ und kritisierte den CDU-Sinneswandel scharf: „Hätten Sie selber im Amt nur die Hälfte



- davon umgesetzt, (*was sie jetzt fordern*) sähe es doch heute hierzulande ganz anders aus.“
- Und mal am Rande: 8 Mio. € für Schlepper und Schleuser sind im Bundesetat von 2023 bis 2026 vorgesehen: <https://taz.de/Fluechtlingspolitik-im-Haushaltsausschuss/!5894549/>.

Freitag

Der Freitag begann mit der ersten Lesung zu einer weiteren Strategie, nämlich der Strategie der Bundesregierung für soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen (20/8372).

- Und was diese Papiere schon vom Titel her implizieren, das tun sie tatsächlich: Sie sind Bevormundung und ein Desaster für Deutschland.
- Das Land wird transformiert hin zur Planwirtschaft, so Dr. Malte Kaufmann sinngemäß in seiner Rede.

Antrag „Eindämmung der „Clankriminalität“ (20/8526) der CDU-Fraktion in erster Lesung

- Im Antrag forderte sie unter anderem eine Null-Toleranz-Politik gegenüber dieser Art der Kriminalität.
- Bernd Baumann empörte sich zurecht über die Plagiatmentalität der CDU kurz

vor wichtigen Wahlen.

- Wir hoffen, dass die Wähler auch diesbezüglich ein gutes Gedächtnis haben.

Zum Sitzungsende am Freitag wurden gleich zwei Anträge der LINKEN in letzter Lesung zum Thema „Bildungsoffensive in Deutschland mehrheitlich abgelehnt:

- Im ersten Antrag (20/678) forderten sie zusätzliche Lehramtsstudienplätze (es fehlen ca. 50.000 Lehrkräfte bundesweit, so Götz Frömming), die Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Land in der Bildung und Standardisierung von Zugangsvoraussetzungen für Quereinsteiger.
- Die Wurzel des Problems hatten die Linken allerdings nicht erkannt: Das Schulsystem, Lehrer und deutsche Schüler werden mit einer Flut von Problemen durch ungebremste Zuwanderung überfordert.
- Im zweiten Antrag wurde ein Sondervermögen „Schule“ über 100 Milliarden € aufgrund des immensen Sanierungs- und Investitionsstaus an Schulen und Hochschulen gefordert (20/5821).
- Die AfD-Fraktion sieht hier einen weit aus höheren Bedarf, Fachleute sprechen von 40 bis 60 Mrd. €.
- Götz Frömming in seiner Rede sinngemäß: 100 Mrd. € Sondervermögen Bun-

deswehr sind dem Kanzler wichtiger, als Bildung für die Zukunft unseres Landes.

Im Mai hatte die Ampel ihren Antrag 20/6709 auf Einsetzung eines „Bürgerrates“ in namentlicher Abstimmung gegen die Ablehnung von AfD und CDU durchsetzen können.

- Zunächst soll dieses Gremium zum Thema Ernährung, Nachhaltigkeit, Klima und Tierhaltung bis Februar 2024 ein sog. Bürgergutachten erstellen und somit gem. Vorstellung der Ampel mehr direkte Bürgerbeteiligung ermöglichen. Tatsächlich wird hiermit aber ein schein-demokratisches Gremium eingeführt.
- Götz Frömming damals in seiner Rede: Die Bürgerräte haben wir bereits, denn sie sitzen hier im Parlament.

Am Freitag erfolgte nun die feierliche Einsetzung des ersten, ausgelosten Bürgerrates zum Thema „Ernährung im Wandel“.

- Wir sind sehr gespannt auf die Entwicklungen in diesem Themenbereich.
- Auch vor dem Hintergrund, dass FAO, WHO und auch die EU-Kommission im Hintergrund an bindenden Regelungen im Bereich Nahrungsergänzung arbeiten.



26. September 23: Ein Jahr nach Nord Stream. Angriff auf Deutschland und keine Spur einer Aufklärung. Die AfD-Fraktion führt heute zum Jahrestag des Angriffs eine Informationsveranstaltung im Bundestag durch. Kein Vergessen! Aufklärung - Reparatur - Wiederbetrieb Jetzt!





28. September '23

Mein dieswöchiger Bericht aus Berlin mit aktuellen Themen wie: Nordstream, Cum-Ex, Petition und den aktuellen Terminankündigungen für meinen Wahlkreis.

Das komplette Video können Sie unter folgendem Link abrufen:
<https://www.facebook.com/watch/?v=7038011752954265>



29. September '23

Das „Zielfoto“ zum Ende der Plenarsitzung im Bundestag am Freitag.

Jetzt geht's ab zum Bürgerstammtisch nach Saalfeld, 18:30 Uhr in der „Pfanne“. Weitere Termine in Ihrer Nähe finden Sie in diesem Wochenrückblick auf der letzten Seite.

UMFRAGE DER WOCHE

28. September '23

Die Menschen wollen nicht gendern und pfeifen auf die Brandmauer. Eine deutliche Mehrheit hat sich in einer aktuellen Civey-Umfrage dafür ausgesprochen, dass die CDU in Thüringen das Verbot des Genderns in Schulen und Verwaltungen auch mit Unterstützung der AfD durchbringt. Da kann sich Herr Merz noch so ereifern, die Menschen im Land wollen eine seriöse, vernunftgeleitete Politik zum Wohle der Bürger und interessieren sich immer weniger für irgendwelche imaginären Brandmauern.



WAHLKREISSCHLAGZEILEN DER WOCHE

- Die IHK Erfurt hat Forderungen zwecks Energieversorgungssicherheit an die Politik gestellt: Unter Thüringer Unternehmen herrscht schlechte Stimmung aufgrund der Energiepreise
- Streik: Am Mittwochnachmittag war ein Großteil der Apotheken wegen Medikamenten-Lieferengpüssen, fehlender Förderung und Angst vor künftigen Schließungen geschlossen
- Verbraucher beklagen, dass die Energieversorger die Energiepreisbremse gar nicht berücksichtigen und viel zu viel verlangen
- Pünktlich zum Herbstbeginn werden wieder „Corona-Maßnahmen-Empfehlungen“ medial losgetreten, und unter anderem Impfungen empfohlen
- 5-G Abdeckung: Thüringenweit sind 88 % erreicht



30. September 23: Ob pünktlich um 6 Uhr morgens mit Kaffee wie beim Infostand in Remda (Foto links oben) oder später am selben Tag in Rudolstadt: Ich habe immer ein offenes Ohr für Ihre Anliegen.

Prof. Kaufmann lädt ein:

Stammtisch

13
Oktober

18.00 Uhr
Zur Linde - Hermsdorf
Alte Regensburger Str. 45

Neues aus dem Bundestag
und aktuelle Themen

ANMELDUNG UNTER:
Michael.Kaufmann@bundestag.de
+49 30 227 73557

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

BESUCHEN SIE MICH IN BERLIN!

Bundespressefahrt

13.11.23 - 15.11.23

ANMELDUNG UNTER:
Michael.Kaufmann@bundestag.de
+49 30 227 73557

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



Kahla

Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mi.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Pößneck

Breite Straße 32
Tel.: 03647 5 29 52 95
Fr.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Saalfeld

Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mo: 14 - 18 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

**Darüber hinaus sind
auch Termine nach
Vereinbarung möglich!**



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

@AfDKaufmann
 @KaufmannAfD

@KaufmannAfD
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE